



Gemeinde Mainhardt

Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderats vom 26. Juli 2023

Beginn: 17:15 Uhr
Ende: 20:10 Uhr

Vorsitzender

Komor, Damian

Mitglieder

Braun, Volker
Enderle, Alexander
Feger, Heiko
Feuchter, Wolfgang
Hofmann, Bettina
Holdreich, Julia
Kempel, Stephan
Koppenhöfer, Thomas
Kotzel, Lena
Müller, Simon
Noller, Janik
Röger, Karina
Schoch, Joshua
Schoch, Tilman
Schweizer, Bernhard
Truckenmüller, Wolfgang
Walz, Birgit, Dr. (bis 20:40 Uhr, TOP 2 nö)
Weller, Ulricke
Weydmann-Sziel, Karin

Schriftführung

Häfner, Daniela
Mugele, Mirjam

Verwaltung

Göbel, Marvin
Kübler, Daniela
Wagenländer, Friedmar

Ortsvorsteher

Feger, Jürgen
Wagner, Thomas

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Braun, Doris

Rudolph, Dominik (privat verhindert)

Schanzenbach, Bernd (privat verhindert)

Ortsvorsteher

Danner, Tanja (privat verhindert)

Zur Beurkundung:

Damian Komor
Bürgermeister

Mirjam Mugele
Schriftführerin

Gemeinderat:

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

| | | Vorlage Nr. |
|--------|---|-------------|
| TOP 1 | Bekanntgaben | |
| TOP 2 | Anfragen und Anregungen des Gemeinderats | |
| TOP 3 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 4 | Vorhabenbezogener Bebauungsplans "Heilbronner Straße" in Mainhardt - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss | 060/2023 |
| TOP 5 | Bericht der AWO über die Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Ganztagesbetreuung an der Helmut-Rau-Schule | 053/2023 |
| TOP 6 | Ersatzbeschaffung Seniorenbus - Einholung weiterer Angebote | 064/2023 |
| TOP 7 | Jahresabschluss Wasserversorgung 2022 | 055/2023 |
| TOP 8 | Feststellung Jahresrechnung 2022 | 058/2023 |
| TOP 9 | Finanzzwischenbericht 2023 | 059/2023 |
| TOP 10 | Anpassung der Elternbeiträge in Kindertagesstätten 2023/2024 | 054/2023 |
| TOP 11 | Erneuerung Wasserleitung und Neubau RW-Kanal Mainhardt-Hütten Hofwiesenstraße | 056/2023 |
| TOP 12 | Gewerbegebiet "Äußerer Eichwald - Erweiterung Ost" - Erschließung durch den Erschließungsträger Ingenieurbüro für Baulandentwicklung Bernd Willibald | 057/2023 |
| TOP 13 | Digitalfunkausstattung für Freiwillige Feuerwehr Mainhardt | 061/2023 |
| TOP 14 | Übertragung von Grundstücken an die Kommunalbau Mainhardt GmbH | 062/2023 |
| TOP 15 | Bausachen | |
| TOP 16 | Verschiedenes | |

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 1 Bekanntgaben

Beratungsverlauf:

BM **Komor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer, Frau Peters vom Haller Tagblatt als Vertreterin der Presse sowie die Mitglieder des Gemeinderats. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt BM **Komor** sich einen Moment und gedenkt dem erst kürzlich verstorbenen Gemeinderat Dietmar Schanzenbach. Es wird eine Schweigeminute gehalten.

BM **Komor** informiert, dass es keine Bekanntgaben in dieser Sitzung gebe.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 2 Anfragen und Anregungen des Gemeinderats

Beratungsverlauf:

Aus der Mitte des Gemeinderats ergeben sich aktuell keine Fragen, weshalb BM **Komor** den Tagesordnungspunkt wieder schließt.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 3 Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

Eine Einwohnerin schlägt vor, die Öffentlichkeit über die bestehende Wohnraumnot zu informieren und zu sensibilisieren. Es wäre Ansässigen gegenüber fair, Wohnraum zu schaffen. BM **Komor** verweist auf die Kommunalbau Mainhardt GmbH. Eine weitere Möglichkeit sei die Wiedervermietungsprämie, so die Einwohnerin. BM **Komor** sagt zu dem nachzugehen und dankt für die Anregung.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 4 Vorhabenbezogener Bebauungsplans "Heilbronner Straße" in Mainhardt - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: 060/2023

Beschluss:

1. Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Heilbronner Straße“ in Mainhardt in der Fassung vom 26.07.2023, gefertigt vom Büro Käser Ingenieure, Untergruppenbach, wird zugestimmt.
2. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs vom 26.07.2023 einschließlich Lageplan, Begründung und Textteil, jeweils gefertigt vom Büro Käser Ingenieure, Untergruppenbach, wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.
3. Die Gemeinde wird beauftragt Gespräche mit asp Architekten GmbH zu führen, bezüglich des geplanten Bodenbelags der Stellplätze. Für die Minimierung von Starkregengefahren soll ein wasserdurchlässiger Bodenbelag angeregt werden und für die Löschwasserversorgung der Bau einer Zisterne.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20-Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 060/2023 und begrüßt Herrn **Schelling** vom Ingenieurbüro Käser, Untergruppenbach.

Zu Beginn fasst Herr **Schelling** das Vorhaben kurz zusammen und verweist auf die Anlagen der Sitzungsvorlage Nr. 060/2023. Er verdeutlicht, dass in Mainhardt der Bedarf für einen Lebensmittelvollsortimenter bestehe und dieser auch nachgewiesen sei.

Weiter erklärt Herr **Schelling**, dass in einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan genaue Vorgaben gegeben sein müssen. Darunter würden unter anderem Regelungen fallen, in welchem Zeitraum und wie die Umsetzung erfolgen müsse. Erweiterungen bei einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan seien möglich, sie bedürfen jedoch eine erneute Behandlung im Gemeinderat. Es sei außerdem erforderlich Arten- und Schallschutzmaßnahmen zu ergreifen. Durch das Bestehen von Gutachten diesbezüglich, werden Schutzmaßnahmen im Bebauungsplan festgesetzt.

Das Anbauverbot von 20 Metern von Hochbauten an eine Bundesstraße gelte nicht, da eine Ausnahmeregelung zwischen Regierungspräsidium und dem Vorhabenträger bestehe, die erlaubt die Stellplätze bis 5 Meter an die B14 zu bauen.

Gemeinderat **Schweizer** erfragt die aktuellen Vorgaben der Versiegelung von Stellplätzen im Falle eines Starkregens und regt zum Umdenken von wasserdurchlässigen Versiegelungen für die Zukunft an. Bisher gebe es weder Vorgaben vom Gesetzgeber noch von der Gemeinde Mainhardt.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

Die Versiegelungsvorgabe könne von der Gemeinde dennoch geregelt werden, so Herr **Schelling**.

Gemeinderat **Müller** regt zur Überdachung mit Photovoltaiknutzung an. Woraufhin Herr **Schelling** mitteilt, dass dies ab einem Stellplatzvolumen von 35 oder mehr Stellplätzen Pflicht sei.

Gemeinderat **Feuchter** erkundigt sich nach den Brandschutzaufgaben des Vorhabens und schlägt als eine Vorgabe im Bebauungsplan eine Zisternenanlage auf dem Stellplatz oder in dem Gebäude vor. Herr **Schelling** erwidert, dass eine Zisternenanlage nur unterirdisch möglich sei und dies eine Entscheidung des Vorhabenträger sei, da es eine kostenaufwendige Angelegenheit sei. BM **Komor** sagt die Klärung mit der Firma asp Architekten GmbH zu.

Gemeinderat **Truckenmüller** hinterfragt die Ausfahrtsplanung des Vorhabens und weist auf einen Engpass mit der Tankstellenausfahrt hin. BM **Komor** erläutert, dass dies eine Vorgabe des Regierungspräsidiums sei und ein Kompromiss mit dem Vorhabenträger darstelle.

Zum Schluss ruft BM **Komor** zur Beschlussfassung auf.

§ 5 Bericht der AWO über die Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Ganztagesbetreuung an der Helmut-Rau-Schule
Vorlage: 053/2023

Beratungsverlauf:

BM **Komor** begrüßt **Lars Piechot** und sein Team der AWO. Herr **Piechot** beginnt mit einem Rückblick auf die Anfänge der Jugend-, Schulsozialarbeit und Ganztagesbetreuung in Mainhardt. Besonders durch „Jugend BEWEGT“ sei das Ergebnis der Jugendbeteiligung sehr gut, betont Herr **Piechot**. Er übergibt das Wort an sein Team für die einzelnen Berichte.

Herr **Marjanovic**, der seit dem 1. September 2022 Schulsozialarbeiter an der Helmut-Rau-Schule ist, berichtet, dass die Belegung des Schulhofs von den Schülern sehr gut angenommen werde. Auf die Nachfrage des Gemeinderat **Braun**, wie die Altersverteilung auf dem Schulhof sei, antwortet Herr **Marjanovic**, dass an drei Tagen der Schulwoche die Realschule auf dem Schulhof sei und an den anderen zwei Tagen die Grundschule. Gemeinderätin **Weydmann-Sziel** erkundigt sich, wie es sich mit der Konfliktlösung verhalte und ob es einen Schulpsychologen in der Helmut-Rau-Schule gebe. Herr **Marjanovic** stellt klar, dass bestehende Konflikte versucht werden zu schlichten und verweist auf die zweite Frage auf den Schulpsychologischen Dienst. Gemeinderätin **Röger** erfragt den Stand der psychisch erkrankten Jugendlichen und ob seit dem Ende der Corona-Pandemie eine Verbesserung wahrnehmbar sei. Darauf antwortet Herr **Marjanovic**, dass es eine Verbesserung gebe. Es aber immer Einzelfälle gebe, die an einen Therapeuten verwiesen werden müssen und/oder ein Gespräch mit den Erziehungsberechtigten geführt werden müsse.

Die Stimmung in der Helmut-Rau-Schule sei familiär und der Umgang zwischen den Schülern sei gut. Mittlerweile fühlen sich die Schüler auch wieder wohler in der Schule, durch die Gestaltungsmöglichkeiten, die ihnen geboten wurden nach dem Neubau der Schule, lautet die Antwort auf die Frage des Gemeinderats **Schweizer**.

Weiter geht es mit Frau **Bauer**, die das ESF-Plus Programm leitet (Europäischer Sozialfonds). Zurzeit sei das Programm bis Ende des Jahres 2024 befristet. Eine Verlängerung des Programms sei bisher nicht ersichtlich. Außerdem sei Mainhardt eine aus 15 Kommunen in ganz Deutschland, die diese Förderung erhalte. Gemeinderat **Tilman Schoch** bittet um Öffentlichkeitsarbeit betreffend der Förderung und fragt nach dem Austausch unter den Schulen. Der Vergleich mit anderen Schulen falle etwas schwer, da die Standorte der anderen geförderten Schulen außerhalb Baden-Württembergs lägen. Auf Nachfrage der Gemeinderätin **Röger**, erklärt Frau **Bauer**, dass das Programm auf die Beteiligung und Motivation der Grundschulkinder abziele.

Als letzten Punkt erhält Frau **Köstler** das Wort und gibt einen Rückblick auf das vergangene Jahr im Bezug zur Jugendarbeit. Nach Kontaktaufbau mit den Jugendlichen aus Mainhardt seien mehrere Wünsche aufgekommen (s. AWO-Präsentation). Der größte Wunsch sei ein Treffpunkt für die Jugendlichen in Form eines Jugendhaus/-raum. Frau **Köstler** freut sich über die gute Rückmeldung, die sie von den Jugendlichen und Erziehungsberechtigten für die Veröffentlichung der Aktionen über die sozialen Medien erhalte.

Das Sommerferienprogramm, dass sie federführend führt seit diesem Jahr, hätte durch die Umstellung auf Online-Anmeldungen eine Steigerung der Anmeldungen im Vergleich zum letzten Jahr erfahren.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

Der letzte Punkt ihres Berichts ist ein Zukunftsausblick. Hierbei sei für die Gemeinde Mainhardt besonders der Punkt der politischen Bildung im Rahmen der Jugendsozialarbeit und im Hinblick der kommenden Kommunalwahlen im nächsten Jahr wichtig. Gemeinderat **Feger** bemerkt, dass es für die politische Bildung von Jugendlichen Unterstützung von Städte – und Gemeindetag gebe. BM **Komor** teilt mit, dass die Verwaltung sich eine Zusammenarbeit wünsche. Die Erreichung und Begeisterung der Jugendlichen für die Kommunalpolitik sei dringend notwendig.

Gemeinderat **Feger** lobt die Jugendsozialarbeit und bittet für eine Information aller Jugendlichen über die Jugendsozialarbeit und wo sie mehr darüber finden können. Er erklärt, dass man somit eine Kanalisierung auf die Helmut-Rau-Schule verhindere und Jugendlichen die Chance gebe teilzunehmen, die nicht in Mainhardt zur Schule gehen. Frau **Köstler** erwidert, dass in Zukunft auch eine Zusammenfassung mindestens einmal im Monat im Waldboten geplant sei. In dieser soll ein kurzer Rückblick stehen und ein Ausblick aufkommende Angebote. Auch Gemeinderat **Tilman Schoch** bittet um mehr Präsentation in der Bevölkerung.

BM **Komor** dankt dem ganzen AWO-Team für ihre Arbeit und freut sich über die Zusammenarbeit. Damit schließt er den Tagesordnungspunkt.

Der Bericht der AWO Schwäbisch Hall zur Jugendarbeit in Mainhardt, der Schulsozialarbeit (SZA), und Ganztagesbetreuung (GTB) an der Helmut-Rau-Schule (HRS), sowie dem Jugendhilfeangebot „Flexible Hilfen“ wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 6 Ersatzbeschaffung Seniorenbus - Einholung weiterer Angebote Vorlage: 064/2023

Beschluss:

Dem Kauf des Fords mit Wartungs- und Verschleißpauschale, der als Ersatz-beschaffung des Seniorenbusses gilt und das wirtschaftlichste Angebot ist, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschluss wird mit 18 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen zugestimmt.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** eröffnet den Tagesordnungspunkt, verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 064/2023 und auf die Beratungen der vorherigen Sitzungen. Er erklärt, dass die Gemeinde Mainhardt drei weitere Angebote eingeholt habe, mit und ohne Wartungs- und Verschleißpauschale. Für weitere Ausführungen begrüßt er Herr **Kallina**.

Herr **Kallina** stellt die neu eingeholten Angebote vor. Er zeigt die Vor- und Nachteile der Angebote auf.

Bei dem VW ergäben sich folgende Nachteile. Zu Beginn könne dieses Fahrzeug erst im 2. Quartal 2024 geliefert werden. Außerdem biete das Fahrzeug ein Sitzplatz weniger.

Der Mercedes sei aufgrund des Preises am unwirtschaftlichsten.

Nach ausgiebiger Abwägung der Vor- und Nachteile der Angebote, die auf Wunsch des Gemeinderats eingeholt wurden, spricht sich der Gemeinderat für den Ford aus. Die Anzahl der Sitzplätze und der Komfort der der Ford biete, sei ausschlaggebend.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 7 Jahresabschluss Wasserversorgung 2022 Vorlage: 055/2023

Beschluss:

Der Jahresgewinn in Höhe von 58.884,02 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20-Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Wagenländer** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 055/2023. Er erläutert die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung.

Besonders weist er darauf hin, dass die Bilanzsumme des Jahres 2022 niedriger sei als die des Jahres 2021. Die Umsatzerlöse seien auch leicht rückgängig im Vergleich zum letzten Jahr.

Zusammengefasst sei das Jahr 2022 aber ähnlich zum Vorjahr.

Es gab keine Nachfragen des Gemeinderats.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 8 Feststellung Jahresrechnung 2022
Vorlage: 058/2023

Beschluss:

Aufgrund von § 95 b der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg stellt der Gemeinderat den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2022 mit folgenden Werten fest:

1. In der **Ergebnisrechnung** mit den folgenden Beträgen:

| | |
|--|-----------------------|
| 1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von | 16.547.775,01 € |
| 1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von | -15.996.904,80 € |
| 1.3 ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von | 550.870,21 € |
| 1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von | 1.354.652,97 € |
| 1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von | -66.565,90 € |
| 1.6 Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von | 1.288.087,07 € |
| 1.7 Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von | 1.838.957,28 € |

2. In der **Finanzrechnung** mit den folgenden Beträgen:

| | |
|--|------------------------|
| 2.1 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von | 16.141.852,73 € |
| 2.2 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von | -13.926.114,59 € |
| 2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf der Ergebnisrechnung | 2.215.738,14 € |
| 2.4 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von | 4.861.114,17 € |
| 2.5 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von | -8.052.201,05 € |
| 2.6 Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit | -3.191.086,88 € |
| 2.7 Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf | -975.348,74 € |
| 2.8 Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | 3.000.000,00 € |
| 2.9 Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | -430.605,42 € |
| 2.10 Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit | 2.569.394,58 € |
| 2.11 Änderung des Finanzierungsmittelbestands | 1.594.045,84 € |
| 2.12 Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen | -720.452,86 € |
| 2.13 Anfangsbestand an Zahlungsmitteln | 2.170,35 € |
| 2.14 Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln | 873.592,98 € |
| 2.15 Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres | 875.763,33 € |

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

3. Auf der Aktiv und Passivseite der Bilanz mit folgenden Beträgen:

| | |
|--|---------------------|
| 3.1 Immaterielles Vermögen | 884 € |
| 3.2 Sachvermögen | 70.200.415 € |
| 3.3 Finanzvermögen | 4.714.548 € |
| 3.4 Abgrenzungsposten | 619.317 € |
| 3.5 Nettoposition | 0 € |
| 3.6 Gesamtbetrag auf der Aktivseite | 75.535.164 € |
| 3.7 Basiskapital | 29.474.496 € |
| 3.8 Rücklagen | 6.685.019 € |
| 3.9 Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses | 0 € |
| 3.10 Sonderposten | 26.561.841 € |
| 3.11 Rückstellungen | 0 € |
| 3.12 Verbindlichkeiten | 11.716.718 € |
| 3.13 Passive Rechnungsabgrenzungsposten | 1.097.090 € |
| 3.14 Gesamtbetrag auf der Passivseite | 75.535.164 € |

4. Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen:

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses

| Nr. | Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen * Haushaltsjahr | Sonderergebnis EUR 1 | Ordentliches Ergebnis EUR 2 | Verlustvortrag vom Vorjahr EUR 3 | Verlustvortrag vom Vorvorjahr EUR 4 | Verlustvortrag vom Vorvorvorjahr EUR 5 |
|-----|--|----------------------------|--------------------------------------|---|--|---|
| 1 | nachrichtlich: vorgetragene Fehlbeträge aus Vorjahren zu Jahresbeginn | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2 | nachrichtlich: davon bereits im Rahmen des ordentlichen Ergebnisses abgedeckt nach § 49 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 20 GemHVO | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 3 | verbleibende Beträge | 1.288.087,07 | 550.870,21 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 4 | Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses | 0,00 | -550.870,21 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 5 | Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses | -1.288.087,07 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 6 | Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach § 25 Abs. 1 GemHVO | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 7 | Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 1 GemHVO | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 8 | Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 2 GemHVO | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 9 | Fehlbetragsvortrag längstens für drei Jahre nach § 25 Abs. 3 GemHVO | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 10 | Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 3 GemHVO | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 11 | Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 4 Satz 1 GemHVO | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 12 | Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 4 GemHVO | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20-Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

Beratungsverlauf:

Zu Beginn lässt Frau **Kübler** das vergangene Haushaltsjahr Revue passieren und erklärt dabei, dass die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2022 fristgerecht erfolgt sei. Zudem verlaufe das laufende Haushaltsjahr 2023 bisher sehr erfreulich.

Besonders hebt Frau **Kübler** bei der Ergebnisrechnung, die bereits aktivierten Abschreibungen von Investitionstätigkeiten in Höhe von 160.000 € hervor. Weitere Aktivierungen würden noch ausstehen. Das Sondervermögen steige um 1,28 Mio. € durch die Umsetzung des Baugebiet Omega. Das Gesamtergebnis betrage 1,8 Mio. €.

Bei der Finanzrechnung erwähnt Frau **Kübler**, dass die Kreditemächtigungen nun vollständig ausgeschöpft seien. Die Investitionen im Bereich der Auszahlungen würden 8 Mio. € betragen.

Gemeinderat **Feuchter** bedankt sich bei der Kämmerei für die Arbeit und freut sich über den tollen Abschluss, der im Haushaltsjahr 2022 erzielt worden sei.

Auch BM **Komor** bedankt sich bei der Kämmerei und lobt die fristgerechte Erreichung des Jahresabschlusses für das Jahr 2022.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 9 Finanzzwischenbericht 2023 Vorlage: 059/2023

Beratungsverlauf:

Frau **Kübler** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 059/2023. Zusätzlich klärt sie auf, dass der Planansatz der Gewerbesteuer nicht erreicht werden würde und die Personalkosten leider den Planansatz übersteigen werden. Ein Grund dafür sei unter anderem die Inflationsausgleichszahlung.

Frau **Kübler** weist den Gemeinderat daraufhin, dass das geplante Gesamtergebnis des Ergebnishaushaltes nicht erreicht werden könne und eine Verschlechterung von – 400.000 € erwartet werde. Somit sei das geplante Gesamtergebnis des Ergebnishaushaltes – 1 Mio. €. Eine Möglichkeit das Negativergebnis auszugleichen wäre die Verrechnung mit den Rücklagen in Höhe von 6,6 Mio. €. Jedoch sollte der Haushaltsausgleich angestrebt werden, da eine Verrechnung mit den Rücklagen eine begrenzte Option sei den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Gemeinderat **Noller** erfragt die Zusammensetzung der Gewerbesteuer-Hochrechnung. Frau **Kübler** antwortet, dass der Betrag von 1,56 Mio. € der Soll-Stand sei zum Ende des Jahres. Der momentane Ist-Betrag sei deutlich weniger, da erst die erste Hälfte des Haushaltsjahres vergangen sei.

Weiter gibt es eine Frage des Gemeinderat **Schweizer**, wie sich die Gewerbesteuer zukünftig entwickeln werde und ob bisher eine negative Entwicklung ersichtlich sei. Er regt an, Maßnahmen zur Prävention zu treffen.

BM **Komor** stimmt ihm zu und führt weiter aus, dass bei kommenden Investitionen kein Handeln mehr ohne Zuschüsse möglich sein werde. Es sei eine dringende Veränderung notwendig, bedingt durch die Themenvielfalt, die die Kommunen abarbeiten müsse. Eine Selektion der baulichen Maßnahmen werde erforderlich sein. Es werde nötig sein den Entscheidungen der Verwaltung und des Gemeinderats die Konsequenzen beizufügen, um das Verständnis der Bürgerschaft zu erlangen, so Gemeinderat **Feger**.

Auf die Nachfrage des Gemeinderat **Tilman Schoch**, ob es Prognosen oder Erkenntnisse über die Ansätze der Grundsteuerreform gebe, erklärt Herr **Wagenländer**, dass es bisher keine gebe. Durch die Neubewertung der Grundstücke sich aber höchstwahrscheinlich eine Hebesatzanpassung ergeben werde.

Frau **Kübler** fügt hinzu, dass diese Diskussion auf das Jahr 2025 verschoben werden sollte, da die Gemeinde bisher keinen elektronischen Zugang zu den Daten habe.

Der Gemeinderat nimmt den Finanzzwischenbericht des Jahres 2023 zur Kenntnis.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 10 Anpassung der Elternbeiträge in Kindertagesstätten 2023/2024 Vorlage: 054/2023

Beschluss:

Die Anpassung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2023/2024 erfolgt ab 01.09.2023 wie in der folgenden Aufstellung aufgeführt (siehe Anlage zur Niederschrift)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20-Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Wagenländer** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 054/2023 und erläutert, dass der Kostendeckungsgrad gesunken sei aufgrund der Tarifierhöhungen der Erzieher und der Erhöhung der Gruppenanzahl. Die Verwaltung empfehle eine Erhöhung um 8,5 % zuzüglich der vereinbarten 3 % aus der Gemeinderats-sitzung vom 15.05.2013 zur Verbesserung des Kostendeckungsgrad.

Gemeinderat **Noller** hinterfragt die Entscheidung des Gemeinderats aus der Sitzung des 15.05.2013 bei Erhöhungen nochmal um 3 % zu erhöhen. Er sei sich nicht sicher, ob diese Entscheidung zielführend sei, da der Kostendeckungsgrad in den letzten zehn Jahren stagnierend sei. BM **Komor** kommentiert, dass es sich hierbei um das Erreichen des Ziels einen Kostendeckungsgrad von 20 % handele. Der damalige Beschluss des Gemeinderats basierte auf einer Empfehlung des Städtetags, der diese Prozentzahl vorschlage.

Eine Frage aus dem Gemeinderat ist, kommend von Gemeinderat **Tilman Schoch**, wie der Umgang mit einkommensschwachen Familien gehandhabt werde, falls sie sich die Beiträge nicht leisten könne und ob es bereits Fälle diesbezüglich gebe. Darauf lautet die Antwort von Herrn **Göbel**, dass es beim Landratsamt Schwäbisch Hall den Jugendhilfeantrag gebe, der in solchen Angelegenheiten helfe. Außerdem sagt BM **Komor** zu, falls es doch Fälle geben werde, die die Beiträge nicht bezahlen können, dann könne gerne das Gespräch gesucht und eine Lösung gefunden werden.

Herr **Göbel** merkt an, dass der steigende Personalmangel in den Kindertagesstätten zu einem Problem werden könne. Vor allem wenn Maßnahmen der Standardsenkung ergriffen werden sollten, die die jetzigen Arbeitskräfte überlasten werde.

Gemeinderat **Feger** merkt an, dass nicht nur die o.g. Punkte auf den Kostendeckungsgrad schlagen würden, sondern auch die dezentrale Struktur der Mainhardter Kindergärten.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 11 Erneuerung Wasserleitung und Neubau RW-Kanal Mainhardt-Hütten Hofwiesenstraße Vorlage: 056/2023

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt die Vergabe der Arbeiten „Erneuerung Wasserleitung“ und „Neubau RW-Kanal in Mainhardt-Hütten Hofwiesenstraße“ wie folgt zu vergeben:

- a) - LOS 1 Tief- und Straßenbau an die Firma Ebert aus Pommertsweiler mit einer Bruttoangebotssumme von 329.834,86 Euro

- LOS 2 Rohrverlegearbeiten an die Firma Ebert aus Pommertsweiler mit einer Bruttoangebotssumme von 44.841,58 Euro
- b) Das Büro Bürgel aus Untermünkheim mit der Betreuung und Bauleitung der Maßnahme zu einem vereinbarten Honorar von 37.182,09 Euro

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20-Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 056/2023. Er stellt klar, dass wenn Fragen bestehen sollten, die die Verwaltung während des Tagesordnungspunkts nicht beantworten könne, werden diese schnellst möglich nachgereicht.

Zuerst merkt Gemeinderat **Müller** zu der Kostenzusammensetzung des Büro Bürgels im Bezug zu den Kosten der Betreuung an, dass sie sehr hoch seien. Daraufhin erwidert Herr **Wagenländer**, dass das Honorar das Übliche sei wie bei der Zusammenarbeit davor.

Anschließend erkundigt sich Gemeinderat **Kemppel**, ob das Vorhaben im Haushalt dieses Jahr geplant sei. BM **Komor** bestätigt dies und teilt zusätzlich mit, dass das Vorhaben von September bis Dezember geplant sei.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

**§ 12 Gewerbegebiet "Äußerer Eichwald - Erweiterung Ost"
- Erschließung durch den Erschließungsträger Ingenieurbüro für Baulandentwicklung Bernd Willibald
Vorlage: 057/2023**

Beschluss:

1. Das Gewerbegebiet „Äußerer Eichwald- Erweiterung Ost“ soll unter Hinzuziehung eines Erschließungsträgers erschlossen werden.
2. Der Auftrag für die Erschließung wird an den Erschließungsträger IBW – Bernd Willibald aus Bad Waldsee vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20-Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** eröffnet diesen Tagesordnungspunkt und verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 057/2023. Durch bereits vergangene Zusammenarbeit mit dem Erschließungsträger versichert er, dass dieser gut sei.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 13 Digitalfunkausstattung für Freiwillige Feuerwehr Mainhardt Vorlage: 061/2023

Beschluss:

1. Der Beschaffung einer Digitalfunkausstattung für die Freiwillige Feuerwehr Mainhardt wird zugestimmt.
2. Die Lieferung erfolgt durch die Firma KTF SELECTRIC aus Ehningen zum Angebotspreis von 85.830,96 €.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20-Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Eingangs verweist Herr **Wagenländer** auf die Sitzungsvorlage Nr. 061/2023 und stellt klar, dass die Digitalausstattung für die Freiwillige Feuerwehr Mainhardt im diesjährigen Haushalt vorgesehen sei.

Gemeinderat **Feger** erkundigt sich nach den Kosten für Handgeräte. Herr **Wagenländer** schätzt, dass sich die Kosten auf 2.000 € belaufen werden. Hierzu müsse die Verwaltung jedoch eine genaue Auskunft des Kreisbrandmeister einholen.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 14 Übertragung von Grundstücken an die Kommunalbau Mainhardt GmbH Vorlage: 062/2023

Beschluss:

Die Gemeinde Mainhardt ist alleiniger Gesellschafter der Kommunalbau Mainhardt GmbH. Die Flurstücke der Gemarkung Mainhardt 37, 38 und 45 werden von der Gemeinde Mainhardt in die Gesellschaft eingebracht.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 13-Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Befangen: Bürgermeister Damian Komor
Gemeinderat Thomas Koppenhöfer
Gemeinderätin Karina Röger
Gemeinderat Joshua Schoch
Gemeinderat Tilman Schoch
Gemeinderat Bernhard Schweizer
Gemeinderat Wolfgang Truckenmüller

Beratungsverlauf:

Herr **Wagenländer** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 062/2023.

Es ergeben sich keine Fragen aus dem Gemeinderat.

Wegen der Befangenheit von BM Komor übernimmt Gemeinderat Müller als 1. stv. Bürgermeister die Leitung der Sitzung und ruft zur Abstimmung auf.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 15 Bausachen

Beratungsverlauf:

Aktuell liegen keine Bausachen zur Beratung vor. Aus diesem Grund schließt BM **Komor** den Tagesordnungspunkt wieder.

Öffentliche Sitzung vom 26. Juli 2023

§ 16 Verschiedenes

Beratungsverlauf:

BM **Komor** gibt bekannt, dass die Stelle eines Klärwärters der Gemeinde Mainhardt nun ausgeschrieben werde.

Im Anschluss schließt er die öffentliche Sitzung um 20:10 Uhr.